attac

Das Konjunkturpaket
– Kosmetik statt Veränderung



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

1 EUR 50

Anfang Juni hat die Bundesregierung ein Konjunkturpaket in Höhe von über 130 Milliarden Euro beschlossen, um die schlimmsten Folgen der Corona-Pandemie abzufedern. Die Mehrwertsteuer sinkt für ein halbes Jahr um drei Prozent, Familien erhalten eine Einmalzahlung von 300 Euro pro Kind, und in den Schulen wird der Ausbau digitaler Infrastruktur vorangebracht. Hinzu kommt ein bisschen Klimaschutz, ein bisschen Investition ins Gesundheitswesen, und natürlich darf auch die Autoindustrie nicht fehlen, für die der Kauf von Elektrofahrzeugen gefördert wird. Alle Tage wieder ist Krise, und die Regierung stellt riesige Summen zur Verfügung, um möglichst schnell zurück zur (wirtschaftlichen) Normalität zu gelangen. Dabei ist doch genau diese Normalität das Problem.

Wir wissen längst, dass jedes Wirtschaftswachstum die Klimakrise weiter anheizt. Wer Wirtschaftswachstum will, der bekommt steigenden Ressourcenverbrauch. Dabei ist der ökologische Fußabdruck der Menschheit bereits heute um den Faktor 1,75 zu hoch. Wir wissen auch, dass wenn der vollständige ökologische Kollaps des Planeten verhindert werden soll, wir nichts weniger brauchen als eine radikale Abkehr von unserer aktuellen Wirtschaftsordnung. Wir brauchen kein Konjunkturpaket, sondern eine sozial-ökologische Transformation. Dazu bedarf es mutigen und beherzten Handelns, statt alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen. Statt individuelle Elektromobilität zu fördern, sollten wir das Geld in Mobilitätsgerechtigkeit für alle investieren – Verkehrswende statt Antriebswende! Statt Gesundheit »dem Markt« zu überlassen, sollten wir die nicht tragbaren Arbeitsbedingungen vor allem für Krankenpfleger*innen in unseren Krankenhäusern verbessern und Fallpauschalen (DRG) abschaffen. Statt neun Milliarden Euro in die Rettung der Lufthansa zu stecken, einem Konzern, der seine Gewinne in Steueroasen verschiebt und sich so seiner sozialen Verantwortung entzieht, sollten wir das Geld zum Wohle zukünftiger Generationen in Bildung und echte Chancengleichheit investieren.

Doch im Kapitalismus ist die Wirtschaft nicht für den Menschen da, sondern sie strebt nach Profiten, auch auf Kosten der Menschen. Warum steuerraubende und klimaschädliche Unternehmen von der Allgemeinheit finanziell gerettet werden sollen, ist insbesondere vor dem Hintergrund der Klimakrise unbegreiflich. In den nächsten Jahren bietet sich womöglich die letzte Chance, das Ruder herumzureißen und den ökologischen Super-GAU zu verhindern. Doch dieses Konjunkturpaket zeigt: Die Bundesregierung ist nicht daran interessiert, statt einiger kosmetischer Korrekturen eine neue und zukunftsfähige Normalität zu schaffen. Um die gilt es deshalb weiter zu ringen!

Nicolas Odenwälder,
Attac-Koordinierungskreis

Die Gates-Stiftung und die WHO

Ein neoliberales Symptom

Andreas Wulf ist Arzt und seit 1998 bei der Attac-Mitgliedsorganisation medico international tätig. Dort arbeitet er als Gesundheitsreferent zu Themen globaler Gesundheit.

Jule Axmann: Andreas, aus verschiedenen Kreisen ist in letzter Zeit zu vernehmen, Bill Gates habe die WHO in der Hand, profitiere finanziell von Covid-19 und versuche, die Welt durch Impfungen und Mikrochips zu kontrollieren. Was ist da dran?
Andreas Wulf: Dass die Welt von wenigen mächtigen Männern im Hintergrund gesteuert wird, mag für einige Menschen plausibel klingen, wahr ist es aber nicht. Doch die häufig irrationalen Verdächtigungen der Verschwörungsideolog*innen weisen auf tatsächliche Probleme hin. Dafür ist es wichtig zu wissen, wie die WHO funktioniert, und wie sie finanziert wird.
Tatsächlich ist der große Einfluss der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung in der globalen Gesundheitspolitik ein reales Problem. Da die Stiftung neoliberalen Konzepten folgt, für die ein enges technizistisches und Effizienz-Denken typisch ist, engagiert sie sich in Feldern, die zu raschen, messbaren Ergebnissen führen, also zum großen Teil in Impfprogrammen.

Aber diese Programme sind doch wichtig?
Ja, natürlich sind solche Programme auch wichtig. Aber langfristig wirksam und nachhaltig können sie nur sein, wenn es Investitionen in strukturell wichtige Bedingungen für gute Gesundheit gibt, funktionierende Gesundheitssysteme, verlässliche Personalausstattung, Mitsprache der betroffenen Gemeinden über die Form der benötigten Gesundheitsversorgung. Diese wichtigen Elemente werden durch das zu starke Engagement der Stiftung in Impfprogramme vernachlässigt. Auch zentrale Hygienemaßnahmen wie der Zugang zu sauberem Trinkwasser und funktionierende Abfall- und Abwasserentsorgung sind Beispiele dafür. Außerdem verstärkt die Stiftung mit ihrem Fokus auf die Förderung eines »sozialen Unternehmertums« den Trend zu Privatisierungen im Gesundheitssystem. Dabei wäre eine Stärkung des öffentlichen Sektors in der Gesundheitsversorgung dringend notwendig, wie wir jetzt in der Corona-Krise sehen können.

Wie konnte es zu diesem großen Einfluss der Stiftung auf die WHO und die globale Gesundheitspolitik kommen?
Die Stiftung selbst ist nur das Symptom einer neoliberalen Politik, die privatwirtschaftlichen Interessen zu viel Einfluss einräumt und zu wenig reguliert. Schon das gigantische Stiftungsvermögen ist ein Ergebnis ständiger Steuerentlastungen für global agierende Unternehmen. Mit dem Ertrag aus diesem Vermögen werden dann die Defizite einer öffentlichen Finanzierung ausgeglichen, die sich in dem Maße zurücknehmen muss, wie ihre Einnahmen schrumpfen. So wird also nicht nur Geld von der öffentlichen Hand in Privatbesitz umverteilt, sondern auch der damit verbundene Einfluss auf politische Gestaltungsmöglichkeiten – auf die Auswahl, welche Gesundheitsprogramme und welche Richtung der Gesundheitsforschung unterstützt und welche vernachlässigt werden. Und das ohne dass diese Stiftungen einer demokratisch legitimierten Instanz Rechenschaft schuldig sind, sondern nur einem selbst ausgewählten Stiftungsrat. Das offenbart ein echtes Demokratiedefizit.



Hauptquartier der WHO in Genf,
Foto: Eric Bridiers / flickr.com, CC BY-ND 2.0

Ist die WHO ohne private Geldgeber*innen wie der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung denn überhaupt handlungsfähig?
Tatsächlich steht die Finanzierung der WHO auf tönernen Füßen. Besonders dramatisch ist, dass die regelmäßigen Mitgliedsbeiträge der 194 Staaten, die die finanzielle Unabhängigkeit sichern sollen und von der WHO flexibel eingesetzt werden können, nur noch 20 Prozent des Budgets ausmachen, denn die Mitgliedsbeiträge sind schon seit den 90er Jahren faktisch nicht mehr gestiegen. Besonders die USA votieren dabei aktiv gegen eine regelmäßige Erhöhung der Beiträge und fördern stattdessen mit großen freiwilligen Beiträgen gezielt einzelne Programme. Darüber hinaus haben auch die anderen großen und finanzstarken Mitgliedstaaten des »globalen Nordens« – Großbritannien, die EU-Länder, Kanada, Japan und die skandinavischen Länder, und besonders in den letzten Jahren zunehmend Deutschland – als relevante freiwillige Geldgeber großen Einfluss.
Zwar bestimmen formal in der WHO alle 194 Mitgliedstaaten gleichberechtigt; auch der Arbeitsplan und das Budget wird von den Mitgliedern gemeinsam verabschiedet. Aber im Anschluss muss die Organisation sehen, wie sie die nicht durch die Pflichtbeiträge gesicherten 80 Prozent des Budgets zusammenbekommt. So steigt durch freiwillige Finanzierung einzelner Projekte natürlich der Einfluss der relevanten Geberländer und externer Finanziers wie privaten Stiftungen oder der Weltbank, und das unter Umgehung der demokratischen Entscheidungsstruktur.

Welche in die Zukunft gerichtete Perspektive müsste jetzt politisch eingenommen werden?
Wir brauchen eine echte globale Gesundheitspolitik im öffentlichen Interesse, die an den Prinzipien der WHO-Verfassung ausgerichtet ist und die das Recht auf den bestmöglichen Gesundheitszustand für alle als Menschenrecht festhält. Deren Finanzierung kann nur gesichert werden, indem Gewinne, die durch die globalisierte Wirtschaft erzielt werden, umverteilt werden, das ginge über eine angemessenen Besteuerung. Die Einnahmen daraus müssen im Interesse aller Menschen eingesetzt werden, zum Beispiel in für alle verfügbare Bildungs- und Gesundheitssysteme. Die national teilweise schon bestehenden Solidarsysteme müssen unter demokratischer und zivilgesellschaftlicher Kontrolle auf alle Länder ausgeweitet werden.

Wie Deutschland & Co den wegweisenden Vorstoß für einen offenen Patentpool torpedieren

Der kurze Frühling der globalen Gesundheit



Foto: Philip Eichler

Wir befinden uns in der größten Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre. Mit und in der Pandemie entfalten politische Fehlentscheidungen ihre tödliche Wirkung. Eine an Marktinteressen orientierte Gesundheitspolitik, eine in ihrer Bedeutung umkämpfte Weltgesundheitsorganisation, die nur in wenigen Bereichen unabhängig handeln kann, die fehlende Gesundheitsinfrastruktur in vielen Teilen der Welt und ein Patentsystem, das den Zugang von lebenswichtigen Medikamenten dem Marktinteresse unterwirft – all das erschwert ein global abgestimmtes Handeln.

Offenbar ist das auch manchen Regierungen aufgefallen. So erklärte Frankreichs Präsident Manuel Macron, niemals dürfe das öffentliche Gut Gesundheit in private Hände gelangen. Es sei verrückt, so Macron, die Heilung von Kranken dem Markt zu überlassen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte immer wieder, dass die Gesundheit als globales Menschenrecht zu verstehen sei, und grenzte sich damit auch und vor allem von der America-first-Politik der USA unter Donald Trump ab. Der Impfstoff und Medikamente für die Behandlung von Corona müssten allen Menschen zur Verfügung stehen, lautete die Maxime der Bundesregierung. Immer wieder wurde dabei die Weltgesundheitsorganisation (WHO) – auch das in Abgrenzung zur nationalistischen Strategie der USA – als Orientierungsgröße für globales Handeln beschworen.
Eben dort wurde im Mai auf der World Health Assembly auf Initiative der WHO gemeinsam mit Costa Rica eine weitreichende Initiative vorgeschlagen: Mit einem offenen Patentpool sollen Daten und Wissen zu Covid-19-Behandlungsmöglichkeiten, Impfstoffen und Medikamenten gesammelt und die geistigen Eigentumsrechte gebündelt werden, um so die Produkte als »globales öffentliches Gut« verfügbar zu machen. Das war die Chance, den großen Worten Taten folgen zu lassen und die Voraussetzungen für eine gerechte Verfügbarmachung eines Impfstoffes zu schaffen.

Doch sie ist vorerst vertan. Deutschland erhöht zwar die finanziellen Mittel für die WHO, wird die Initiative jedoch nicht unterstützen. Die Bundesregierung torpediert genau die Maßnahmen, die nötig wären, um ihre Versprechen zu verwirklichen. Die verbale Unterstützung der WHO erinnert verdächtig an die politische Antwort auf die Finanzkrise von 2008. Damals verpufften die kapitalismuskritischen Worte und die angekündigte weitreichende Regulierung des Finanzsektors schnell, und das Verhältnis von Ökonomie und Gesellschaft blieb unangetastet.

Auch jetzt kehrt die Bundesregierung zum »Business as usual« zurück, als sei die Pandemie vorüber und als seien die großen Worte nie gesagt worden. Stattdessen haben auf Initiative aus Berlin Frankreich, Italien, die Niederlande und Deutschland einen Vertrag mit dem Pharmaunternehmen Astra Zeneca geschlossen, durch den sich Europa 300 Millionen Impfdosen sichert. Von globaler Solidarität keine Spur. Auch über eine Festlegung, zu welchem Preis der Impfstoff ausgegeben werden soll, ist nichts bekannt. Bisher heißt es, dass die ausreichende Versorgung für die EU und »darüber hinaus« sichergestellt werden solle. Das klingt verdächtig nach »falls etwas übrig ist«. Anstatt mit dem WHO-Patentpool die Voraussetzung zu schaffen, dass es auch im Süden der Welt eine lokale pharmazeutische Produktion des Impfstoffes geben kann, investiert Europa Steuergelder, die der Pharmaindustrie Millionengewinne bescheren werden. Während sich das Virus im Süden der Welt massiv ausbreitet, droht Europa im geopolitischen Wettrennen um den Corona-Impfstoff gegen die USA und China der globale Blick verloren zu gehen. Damit gibt die EU auch die Perspektive auf, dass ein gerecht und entlang der Bedarfe verteilter Impfstoff im Interesse aller ist. Pharma statt Patentpool – mit der Light-Version einer EU-first-Politik degradiert Europa den Süden auch im Kampf gegen Corona zu Hilfsempfängern.

Anne Jung, Sprecherin Globale Gesundheit bei der Attac-Mitgliedsorganisation medico international.

Nach dem langen Gipfel

Neue Perspektiven für Europa?

Klotzen statt Kleckern, das sollte das Ziel des EU-Sondergipfels der 27 Staats- und Regierungschefs im Juli 2020 sein. Neben dem mehrjährigen Haushaltsplan stand dabei der von Angelika Merkel und Emmanuel Macron vorgeschlagene Corona-Hilfsfonds zur Beschlussfassung an. Die Bedeutung der anstehenden Beschlüsse wurde im Vorfeld insbesondere von der deutschen Politik medial aufgeladen. Bundesfinanzminister Olaf Scholz schoss dabei den Vogel ab mit dem »Hamilton-Moment«, bei dem er diesen Gipfel mit dem Gründungsprozess der USA verglich.
Was dann während der viertägigen Verhandlungen passierte, war zu erwarten. Die 27 stritten sich mit bewundernswerter Ausdauer – 91 Stunden, 30 Minuten wurden gestoppt – darüber, wieviel Geld Europa wert ist, und versuchten dabei für das eigenen Land möglichst viele Vorteile herauszuholen. Am Ende waren dann alle Teilnehmer*innnen zufrieden und präsentierten sich als Sieger.
Bleibt die Frage: Ist auch Europa Sieger, oder ist es unter die Räder gekommen?

Die Problembereiche und Krisen der EU sind oft benannt worden – Umwelt- und Klimakrise, Folgen des Brexit, Umgang mit Flucht und Migration, Rechtsstaatlichkeit in Osteuropa, Dominanzverlust in klassischen Industriesektoren, Nachhinken der Digitalwirtschaft, ansteigende Ungleichheit und Arbeitslosigkeit in vielen Staaten sind nur einige davon. Dazu kommt nun die massive Belastung der Volkswirtschaften mit den Folgen der Corona-Pandemie, wobei die reichen Staaten es sich leisten können, ihre Hilfsprogramme besonders umfangreich auszustatten, während bereits verschuldete, von der Pandemie besonders betroffene Staaten dabei eingeschränkt sind.
Dass die deutsche Regierung bereit war, die bisherige egoistische Position der knappen Kasse bezüglich Europa wenigstens teilweise aufzugeben, ist weniger Solidarität denn Notwendigkeit. Der Handelskonflikt mit den USA, die sich verstärkende Konfrontation zwischen den USA und China und die damit verbundene verstärkte Blockbildung, die Störanfälligkeit globaler Produktionsnetzwerke nicht erst durch Corona zeigen die Grenzen der Globalisierung. Die deutsche Wirtschaft ist damit trotz ihrer Dominanz immer stärker auf Europa angewiesen.



Foto: attac.de

Vor diesem Hintergrund wirkt das erreichte Ergebnis ziemlich mager. Der Gesamtrahmen des mehrjährigen Finanzplans wurde gekürzt und insbesondere die Budgets für Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Forschungsförderung oder Gesundheitsprogramme wurden teilweise oder ganz gestrichen. Gemessen an den tiefgreifenden ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie ist auch das Hilfsvolumen sehr begrenzt.
Besonders umstritten waren zwei Punkte: Die Finanzierung und die Kontrolle der Ausgaben. Statt die Finanzierung der europäischen Ausgaben auf eine stabile und zukunftssichere steuerliche Basis zu stellen, wurden wieder nur Übergangsregelungen beschlossen. Es gibt eine Ausnahmegenehmigung für die EU-Kommission, das Recoveryprogramm in Höhe von einmalig 750 Milliarden Euro durch europäische Anleihen zu finanzieren, 390 Milliarden davon als Zuschüsse. Das klingt nach einer bemerkenswerten Summe, angesichts der Problemlage und der Aufteilung auf viele Länder hält sich die Wirkung jedoch in Grenzen.

Entscheidend und zukunftsbestimmend wird die Form der Rückzahlung sein. Wenn die auslaufenden Anleihen nicht durch neue ersetzt werden können, müssen sie in absehbarer Zeit zurückgezahlt werden. Dafür müssten entweder andere Einnahmen erschlossen oder Ausgaben gekürzt werden. Bezüglich zusätzlicher Einnahmen ist nebulös von einer Plastikabgabe oder von der vielfach angekündigten Digitalsteuer und einer Steuer auf Aktiengeschäfte die Rede, deren mögliche Einnahmen in Deutschland allerdings bereits für die Finanzierung der Grundrente eingeplant sind. Sollte es nicht gelingen, der EU über eigene Steuern eine stabile zusätzliche Finanzbasis zu verschaffen, so stünden wegen Ausgabenkürzungen die nächsten Austeritätsprogramme im Raum, deren zerstörerische Wirkung sich bereits nach der letzten Krise gezeigt hat.
Es ist vorgesehen, dass die Zahlungen im Rahmen eines bestimmten Mechanismus und festgelegten Zeitplans freigegeben werden. Damit werden sie an die länderspezifischen Empfehlungen gebunden, die die Europäische Kommission für die Mitgliedstaaten entwickelt. Diese Empfehlungen zielen in der Regel auf »Strukturreformen« zur Erhöhung der »Wettbewerbsfähigkeit« mittels Privatisierungen, Sozialabbau, Deregulierung der Arbeitsverhältnisse etc. Die Europäische Kommission hat schon mehrfach nach Hebeln gesucht, um die Verbindlichkeit der Umsetzung ihrer länderspezifischen Empfehlungen zu erhöhen – und könnte diesen jetzt in der Hand haben.
Die beiden folgenden Punkte werden damit in den nächten Jahren im Fokus der politischen Auseinandersetzung stehen: Bekommt die EU mit europäischen Steuern oder Abgaben eine relevante stabile und eigenständige Einnahmequelle, oder sind die jetzigen Beschlüsse nur das Vorspiel für die nächsten Austeritätsprogramme? Erfolgt die Vergabe der jetzt beschlossenen zusätzlichen Finanzmittel im Rahmen des Europäischen Semesters weiter unter der neoliberalen Zielsetzung, oder gelingt es, sie in Richtung der notwendigen sozial-ökologischen Transformation zu verschieben? Damit beginnt mit den Gipfelbeschlüssen eine neue Runde der Auseinandersetzungen über die Zukunft der EU – und wir sind alle aufgefordert, uns zu beteiligen.

Alfred Eibl, Attac-Arbeitsgemeinschaft Finanzmärkte und Steuern

Von der Systemrelevanz hin zum guten Leben für alle

Ohne Care geht die Chose nicht



Foto: Stephanie Handtmann

Applaus von allen Rängen für medizinisches und Pflegepersonal – das bringt der Care-Arbeit Anerkennung und Sichtbarkeit wie nie zuvor. Bei der Finanzkrise 2008/09 wurde sie als angeblich nicht systemrelevant, weil unproduktiv, nicht wertschöpfend und als abgetrennt von Produktionssektor und Finanzmarkt ausgeblendet. Jetzt, in der Covid-19-Pandemie, liegt für Gesellschaft und Politik auf der Hand, dass Reproduktion und Produktion unauflösbar verschränkt sind. Denn ohne Sorgearbeit geht keine Erwerbsarbeit, ohne Reproduktionsökonomie, ohne soziale Netze funktionieren keine Märkte.

Wie in allen Krisen müssen die Privathaushalte als Auffangnetze für soziale wie wirtschaftliche Notsituationen herhalten. Und da Sichkümmern und Versorgen immer noch überwiegend Frauensache ist, ist unübersehbar, dass die Arbeit im Homeoffice und die Refamiliarisierung von Kinderbetreuung und Schulbildung die traditionellen Geschlechterrollen verfestigt. Sorgearbeit wird einmal mehr privatisiert und feminisiert. Die Kernfamilie als Versorgungsinstanz erlebt von Deutschland bis China eine politisch geförderte Renaissance, Mütter werden aufgewertet. Weil sich aber der Stress für alle Beteiligten immens erhöht und Ausweichmöglichkeiten wegfallen, nimmt gleichzeitig die Pandemie der Gewalt im privaten Raum zu.

Doch Covid-19 brachte nicht nur die körperliche Verwundbarkeit und die doppelte Abhängigkeit von der Natur und von sozialen Zusammenhängen zutage. Sie schaffte eine umfassende Verunsicherung unseres auf Vielfach-Ausbeutung und Abhängigkeiten beruhenden Lebens. Migrantische Erntehelfer*innen in der Landwirtschaft, migrantische Arbeitskräfte in der Fleischverarbeitung, 24-Stunden-Altenbetreuung in Privathaushalten, Verkäufer*innen in Supermärkten und Klofrauen – nicht nur die Natur, sondern auch die neoliberale Globalisierung und unsere imperiale Lebensweise schlagen zurück. Dabei verschärft Corona soziale Ungleichheiten und auch die Ausbeutung, sprich: die Prekarität der nun für systemrelevant erklärten Arbeiten.

Die völlig erschöpfte Krankenschwester, die sich wegen fehlender Gesichtsmasken und Schutzbekleidung bei ihrer systemrelevanten Schwerstarbeit ansteckt und erkrankt, ist zum Sinnbild dafür geworden, dass die kapitalistische Ökonomie an einen Kipppunkt gekommen ist – so wie sich am Corona-Virus wie beim Klimawandel zeigt, dass die kapitalistische Idee der Naturbeherrschung an einen Kipppunkt kommt. Das Globalisierungsprinzip, Medikamente dort herzustellen, wo es am billigsten ist, nämlich weit weg, wird im Notfall zum Verhängnis. Wenn unser wachstumsverrückter Konsum stockt, verlieren die Textilarbeiter*innen in Bangladesch ihren Job und hungern.

Paradigmatisch steht das Gesundheitswesen für den Irrsinn dieses Systems. In den vergangenen Jahrzehnten wurde Care-Arbeit der betriebswirtschaftlichen Logik von Effizienz und Konkurrenz und der neoliberalen Spardoktrin untergeordnet, statt sie am Gemeinwohl, den Bedürfnissen und Rechten der Patient*innen zu orientieren. Gesundheit, ein höchst systemrelevantes öffentliches Gut, wird durch das Fallpauschalensystem von der Abrechnung, sprich: vom Gewinn her gedacht. Quantität zählt, nicht Qualität.

Die symbolische Aufwertung der systemrelevanten Sorgearbeit durch Klatschmarsch ist billig. Auch die männlich getönte Sprache von Krieg, Kampf und Heldentum, die nun in Zeiten der Pandemie oftmals bemüht wird, hilft nicht. Die Krise soll überwunden werden, indem Körper, soziales Leben und Wirtschaft wieder wie Maschinen »hochgefahren« werden. Doch als Gesundheitsminister Spahn kürzlich vor einem Krankenhaus eine Hymne auf die Held*innen des Alltags sang, schob eine Krankenschwester ein Plakat vor die Kameras: »Löhne rauf, Konzerne raus«.

Um soziale Reproduktion, die Gesundheit von Körpern und auch ein Leben mit Krankheit im Normal- und Ausnahmefall zu sichern, ist ein Paradigmenwechsel in der Daseinsfürsorge nötig. Die Logik des Sich-Kümmerns und der Sorge um sich selbst und Mitmenschen muss Arbeit und Institutionen bestimmen. Modell für einen demokratisch von unten getriebenen Richtungswechsel können neue Bündnisse sein, in denen Gesundheitsarbeiter*innen zusammen mit Patient*innen und Bürger*innen kämpfen, um Reproduktionsinstitutionen zu entprivatisieren und sozial zu remoralisieren. Kommunale Care-Räte könnten – wie auch lokale Klima-, Ernährungs- oder Verkehrsräte – Praktiken und Debatten ein gutes Leben für alle vorantreiben. So würden die Systemfehler des Gesundheitswesens und der herrschende Raubbau an Sorgearbeit zu Treibern für solidarische, gebrauchswert- und gemeinwohlorientierte Gesellschaftsentwürfe.

Christa Wichterich ist Soziologin, Publizistin und Universitätsdozentin und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Judith Amler ist Mitglied im Attac-Koordinierungskreis und engagiert sich in der Vernetzung von Frauen* in Attac.



»Keine Dividende für Daimler-Aktionär*innen!«
Foto: Roland Hägele



»Fleischindustrie sozial-ökologisch zerlegen!«
Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

4. Mai 2020

Autogipfel: SUVs zu Straßenbahnen!

Zum »Autogipfel« mit Kanzlerin Merkel fordern zehn Umweltorganisationen und Verkehrswendebündnisse, darunter Attac, eine Wende in der Verkehrspolitik. Statt Abwrackprämie und Lockerung von Umweltauflagen verlangen sie ein umfassendes Programm für den klimagerechten Umbau des Verkehrssektors.

10. Mai 2020

Pläne für Drohnen-Bewaffnung stoppen!

Geht es nach dem Bundesverteidigungsministerium, bekommt Deutschland bald Kampfdrohnen. Dabei will das Ministerium die Corona-Krise ausnutzen und die versprochene »breite gesellschaftliche Debatte« durch eine Podiumsdiskussion ersetzen. Gemeinsam mit der Drohnen-Kampagne ruft Attac dazu auf, aktiv zu werden gegen Killer-Drohnen.

24. Juni 2020

EU-Ratspräsidentschaft für echte Finanztransaktionssteuer nutzen

Gemeinsam mit anderen Organisationen fordert Attac die Bundesregierung auf, die Einführung einer echten Finanztransaktionssteuer zu einem Schwerpunkt ihrer EU-Ratspräsidentschaft zu machen. Bei der Bewältigung der Corona-Pandemie müssen erhebliche Finanzmittel auch für die ärmeren Teile der Welt zur Verfügung gestellt werden.

29. Juni 2020

Initiative Transparente Zivilgesellschaft nimmt Attac auf

Attac schließt sich der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) an. Unterzeichner*innen verpflichten sich, grundlegende Informationen öffentlich zu machen. Um Attac aufnehmen zu können, hatte die ITZ entschieden, dass auch Organisationen ohne Status der Gemeinnützigkeit das ITZ-Logo erhalten können. Ein wichtiges politisches Statement.

30. Juni 2020

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft pusht EU-Mercosur-Abkommen

Die deutsche Regierung will während ihrer EU-Präsidentschaft den Abschluss des Handelsabkommens der EU mit den Mercosur-Staaten vorantreiben. Mehr Autoexporte, mehr Abholzung des Regenwaldes und mehr wären die Folge. Gemeinsam mit 59 weiteren Organisationen fordert Attac die Bundesregierung auf, das Abkommen zu stoppen.

1. Juli 2020

Corona-Krise: 630 Organisationen weltweit fordern Aus für Konzernklagen

Weltweit ergreifen Regierungen in der Corona-Pandemie Maßnahmen, um Leben zu retten. Doch dank Sonderklagerechten könnten Konzerne Staaten für entgangene Profite verklagen. Weltweit fordern 630 Organisationen, Corona-Maßnahmen sofort von der Anwendbarkeit der Paralleljustiz auszunehmen und diese völlig zu stoppen. (siehe auch S.8)

8. Juli 2020

Aktion: Keine Dividende für Daimler-Aktionär*innen!

Attac-Aktivist*innen machen bei der Daimler-Hauptversammlung in Stuttgart auf ihre Forderung nach einem sozial-ökologischen Umbau des Autokonzerns aufmerksam. Daimler soll keine Dividende an Aktionär*innen ausschütten, sondern den Bilanzgewinn von mehr als 960 Millionen Euro für die Umstellung der Produktion auf Schienenfahrzeuge und Elektrobusse verwenden.

14. bis 19. Juli 2020

Attac-Sommerakademie: »System Change! Aber wie?«

»System Change! Aber wie?« lautet das Motto der Attac-Sommerakademie 2020. Im Zentrum des diesmal rein digitalen Bildungstreffens steht die Frage, wie die aktuelle Krise sich zur Chance für einen grundlegenden Paradigmenwechsel entwickeln kann. In elf Seminaren und drei Foren diskutieren die Teilnehmer*innen online darüber.

16. Juli 2020

Attac fordert unabhängige Polizeikontrollkommissionen

Attac solidarisiert sich mit allen Betroffenen, die von rechten Netzwerken in der Polizei bedroht werden, und fordert die Schaffung unabhängiger Polizeikontrollkommissionen mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung.

16. Juli 2020

G20-Proteste: Gericht verkennt Bedeutung von Camps für Versammlungsrecht

Das Verwaltungsgericht Hamburg lässt die Verletzung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit während der G20-Proteste 2017 ungerügt: Die Richter*innen weisen die Klage gegen die Beschränkungen des Protestcamps im Altonaer Volkspark ab. Attac prüft eine Berufung.

17. Juli 2020

Fleischindustrie: Attac protestiert vor Tönnies-Werkstor

Aktivist*innen von Attac und anderen Gruppen protestieren vor dem Tönnies-Werkstor in Rheda-Wiedenbrück gegen die Ausbeutung von Mensch und Tier. Ihr Motto: »Stoppt Tönnies und Co: Fleischindustrie sozial-ökologisch zerlegen!«

Menschen in Attac

Ein Balance-Akt

Sonja Taubert, 58, ist aktiv bei Attac Bremen und Mitglied im Koordinierungskreis. Wir haben mit ihr über ihren Weg zur bundesweiten Gremienarbeit gesprochen.



Sonja (vorne rechts) aktiv beim Frauen*streik. Foto: Achim Heier

Sonja, wie bist du bei Attac gelandet, und warum bist du geblieben?
Attac kenne ich schon seit vielen Jahren, damals war das Büro von Attac sogar noch in Verden. Ich hatte über diese neue Organisation etwas gelesen und sie dann auch finanziell unterstützt, habe aber nie den Sprung geschafft, wirklich aktiv einzusteigen. Ende 2013 stieß ich dann auf den Artikel »Die große Unterwerfung« von Lori Wallach zu TTIP in »Le Monde diplomatique«. Den haben wir mit Freunden diskutiert und uns gefragt: Was können wir gegen TTIP tun? Ich habe mich informiert, was zum Beispiel Attac Bremen hier vor Ort dazu macht. Gemeinsam mit einer Freundin bin ich dort zu einer Veranstaltung gegangen, wir sind beide bei Attac eingetreten und dann auch in der Regionalgruppe aktiv geworden; da haben wir nicht lange gefackelt.
Davor war ich zwar politisch immer sehr interessiert, aber Aktivistin wurde ich erst mit Attac. Nachdem ich meinen ersten Fuß in die Gruppe gesetzt hatte, bin ich dabeigeblieben. Ich wurde so unproblematisch aufgenommen, es gab so viel zu lernen und es hat Spaß gemacht, mit den anderen zusammenzuarbeiten. Diese Offenheit, die Möglichkeit, gleich einsteigen zu können, hat mir von Anfang an bei Attac gefallen.
Ich fand toll, Aktionen zu machen und zu merken, dass wirklich etwas passiert und wir selber ins Handeln kommen können. Dabei war einer der Höhepunkte natürlich die große TTIP-Demo 2015 in Berlin mit einer Viertelmillion Menschen. Attac hat bei dieser Demo ja eine wichtige Rolle gespielt, und zu erleben, wie durch das eigene Engagement etwas in Bewegung kommt, das war sehr bestärkend.

Was hat dich zu deinem Sprung auf die Bundesebene von Attac motiviert?
2015 hatten wir den Frühjahrsratschlag in Bremen organisiert, der mir atmosphärisch gut gefallen hat. Im darauffolgenden Herbst bin ich deshalb mit nach Mannheim gefahren, wo ich den Ratschlag auch mal als einfache Teilnehmerin erleben wollte, ohne in die Organisation eingebunden zu sein. Als in der Wahl zum Rat noch ein freier Platz war, wurde ich aus der Wahlversammlung heraus gefragt »Willst du nicht?«, und so bin ich in den Rat gewählt worden. Das ging ganz fix, und nach den ersten Jahren im Rat wurde ich später auch in den Koordinierungskreis gewählt.

Wie würdest du deine Erfahrungen mit dem Engagement in diesem bundesweiten Gremium bislang zusammenfassen?
Ich bin jetzt in meinem zweiten Jahr im Kokreis, und ich empfinde das Arbeiten als sehr angenehm, auch wenn die Themen nicht immer einfach und konfliktfrei sind. Das ist eine Gruppe, die zwar kontrovers diskutiert, aber dennoch respektvoll miteinander umgeht und trotz inhaltlicher Differenzen versucht, einen für alle tragbaren Konsens zu finden. Man hört sich gegenseitig zu, man weiß, wie viel jede*r beiträgt und nimmt auch Rücksicht auf individuelle Belastungsgrenzen. Ich würde sagen, es ist eine herzliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Davon haben wir auch einiges den jüngeren Menschen im Kokreis zu verdanken, die eine andere Art des Umgangs und eine andere Sicht der Dinge mitbringen, die dem Gremium guttun.

Wie kriegst du dein Engagement in der Regionalgruppe und auf Bundesebene unter einen Hut?
Es ist ein Balance- und ein Kraftakt, weil ich bei Attac Bremen Gruppenverantwortliche bin und ich diese Aufgabe nicht vernachlässigen möchte. Sie macht mir Spaß, das würde ich nicht aufgeben wollen. Das zusammen mit der Arbeit im Kokreis und meiner Erwerbsarbeit in ein Gleichgewicht zu bringen ist schon eine Herausforderung, wenn ich auch noch Zeit für mich haben möchte. Es fällt einfach insgesamt sehr viel Kommunikation und auch Organisatorisches an – noch klappt das, und deshalb mache ich damit auch weiter. Wenn sich das ändert, werde ich weitersehen.

Wo siehst du deine inhaltlichen Schwerpunkte in der Attac-Arbeit?
Ich bin in der EKU-AG (»Energie, Klima, Umwelt«), doch dort schaffe ich es momentan nicht, mich so einzubringen wie ich es möchte. Zum einen gibt es auch andere Themen, mit denen ich mich beschäftige, und zum anderen bleibt durch meine Arbeit im Kokreis insgesamt einfach nicht mehr viel Zeit. Grundsätzlich sind Energie, Klima und Umwelt für mich aber wichtige Themen – dazu gehört natürlich auch die Verkehrswendekampagne. Auch Finanzmärkte und Steuern gehören für mich zu den wichtigen Attac-Themen, die ich versuche, immer mit auf dem Schirm zu haben.

Angenommen, eine Fee bietet dir einen freien Wunsch für die Zukunft von Attac in zehn Jahren an – welcher wäre das?
Ich wünsche mir, dass 50 Prozent mehr junge Leute den Laden übernommen haben und mir sagen, dass ich langsam aufhören kann, weil sie das jetzt ganz toll machen (lacht). Nein, ich würde natürlich noch mitmachen, aber viele engagierte junge Menschen für Attac, das wäre mein Wunsch!

Interview: **Jule Axmann**

Drohende Investor-Staat-Klagen wegen Corona-Maßnahmen

Die Privilegien globaler Konzerne

Bereits vor der Corona-Krise gab es im globalen Handelssystem Verwerfungen. Dieses System, das in den Verträgen der WTO und in Freihandels- und Investitionsabkommen die Liberalisierung von Märkten, politische Deregulierung und die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen festgeschrieben hat, setzt zwar Staaten als auch Unternehmen in Konkurrenz, benötigt aber auch Kooperation zwischen den Staaten. Sichtbar wurden Risse besonders in den Handelskonflikten der USA mit China und der EU oder in Blockaden der WTO. Schon 2019 kühlte die Konjunktur ab und der Welthandel stagnierte; deutlich zu bemerken war das in den deutschen Exportbranchen.

Mit der Ausbreitung von COVID-19 wurden immer neue Regionen zum nächsten globalen Hotspot der Krise. Grenzschließungen, Shutdowns oder Ausgangssperren zur Eindämmung der Pandemie haben schwerwiegende wirtschaftliche Folgen; Produktions-, Transport- und komplexe Wertschöpfungsketten funktionieren nicht mehr wie gewohnt. Weltweit ist der Handel massiv geschrumpft. Die WTO prognostiziert für 2020 einen Einbruch um bis zu rund 30 Prozent, die EU-Kommission teilte im Juli mit, dass die Wirtschaftsleistung in der EU um 8,3 Prozent zurückgehen könnte, und für Deutschland erwartet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ein Export-Minus von 15 Prozent.

Die Corona-Pandemie hat die Schwächen der neoliberalen Globalisierung verstärkt vor Augen geführt; auch Unternehmen und Investoren stellen fest, dass Veränderungen notwendig sind. Allerdings verfolgen sie dabei eine Strategie des verschärften »weiter so«, um ihre zukünftigen Profite abzusichern.

Zudem treten jetzt Anwaltskanzleien, die auf internationale Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) spezialisiert sind, auf den Plan. Klagen ausländischer Investor*innen gegen Staaten vor Schiedsgerichten sind nichts Neues; Investitionsabkommen (u.a. der Energiecharta-Vertrag) und Freihandelsabkommen mit Investitionsschutzkapiteln (u.a. NAFTA 2.0 oder CETA, falls ratifiziert) machen diese Klagen möglich. Damit können Investor*innen gegen alle staatlichen Maßnahmen vorgehen, die als Handelshemmnisse ihre Gewinne beeinträchtigen könnten.

In der Corona-Pandemie bieten ihnen diese Kanzleien ihre umfassenden Erfahrungen an, Entschädigungsklagen vorzubereiten, um aus staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Krise Profit zu schlagen. Darauf wiederum setzen Investmentgesellschaften als »Prozessfinanzierer«, die für klagewillige Investor*innen einen Teil der extrem hohen Anwaltshonorare übernehmen, um im Gegenzug an den zugesprochenen Entschädigungssummen beteiligt zu werden.

Dabei haben sie einen Stapel von Regelungen zusammengetragen, gegen die Klagen möglich wären:

- Maßnahmen zur Bereitstellung von sauberem Wasser zum Händewaschen
- Maßnahmen zur Stützung des Gesundheitssystems (vorübergehende staatliche Kontrolle über private Krankenhäuser, Beschlagnahmung von Hotels als Ersatzkrankenhäuser, Zwang zur Herstellung von Schutzmasken oder medizinischem Bedarf)
- Aussetzung von Patenten, Erteilung von Zwangslizenzen, um erschwingliche Medikamente, Tests und Impfstoffe herzustellen und zu liefern, Preiskontrollen
- Maßnahmen zur Eindämmung des Virus (Aussetzung von Mautgebühren, um die Angestellten an Mautstellen vor Ansteckung zu schützen und den Transport von Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern zu erleichtern)
- Maßnahmen zu Erleichterungen bei der Zahlung von Mieten und Rechnungen der Versorgungsbetriebe
- Aussetzung von Hypothekenzahlungen und Gläubigerschutz, Moratorien für Konkursverfahren
- Maßnahmen zur Bekämpfung von Finanzkrisen (Kapitalkontrollen, Abbau und Umstrukturierung öffentlicher Schulden)
- Erhebung von Steuern zur Finanzierung der Corona-Maßnahmen (Abgaben auf Vermögen, höhere Unternehmens- und Einkommenssteuern)
- Untätigkeit der Staaten bei Verteidigung von Gewinnen in einer möglichen Situation von sozialen Unruhen.

Verklagt werden könnten Staaten wegen Verletzung von Investitionsrechten, da die getroffenen Maßnahmen diskriminierend oder unverhältnismäßig seien, eine indirekte Enteignung bedeuteten oder sie Schutz und Sicherheit von Investitionen vernachlässigten.



Foto: Victor Barro / Friends Of The Earth

Sonderklagerechte für Konzerne sind ein soziales und demokratiepolitisches Desaster. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass Konzerne rechtliche Privilegien genießen im Gegensatz zu jenen, die jetzt schon am stärksten unter der Pandemie leiden.

Anfang Juli haben weltweit 630 zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter Attac Deutschland, Regierungen in einem offenen Brief aufgefordert, Staaten vor Entschädigungsklagen durch Investoren zu schützen und nicht tatenlos auf die ersten Konzernklagen zu warten. So könnten sie zum Beispiel Maßnahmen, mit denen auf die COVID-19-Pandemie reagiert wurde, von der Anwendbarkeit der Investor-Staat-Schiedsgerichtsbarkeit ausnehmen oder ein Abkommen zur Aussetzung von Klagen abschließen.

Es ist Zeit, diese Paralleljustiz ersatzlos abzuschaffen, um eine Politik im öffentlichen Interesse zu stärken!

Hanni Gramann und **Roland Süß**, Attac-Arbeitsgemeinschaft WTO und Welthandel

Corona und die Notwendigkeit eines Grundeinkommens

Der fehlende politische Wille



Foto: blog.attac.de

Krisen bringen Dinge auf den Punkt. Sie machen sichtbar, was zwar immer schon da, auch keineswegs verborgen war, was man vielfach aber nicht wahrnehmen wollte. Sie zeigen auch in aller Klarheit, wo Auswege aus dem Dilemma liegen könnten.

Die Corona-Krise hat, neben vielem anderen, deutlich werden lassen, dass es sich mitten im Kapitalismus ohne ein gesichertes Einkommen kaum leben lässt. Ich will das nicht gegenüber etwa der Notwendigkeit eines guten Gesundheitssystems, einer umfassenden öffentlichen Infrastruktur oder der Verfügbarkeit des Lebensnotwendigen, und sei es nur Toilettenpapier, priorisieren. Im Gegenteil, in alldem zeigt sich, dass für zahlreiche Menschen immer schon der Normalzustand das Problem war, und nicht die Krise.

Die gewachsene Plausibilität der Notwendigkeit eines Einkommens drückte sich im Frühjahr in zahlreichen Petitionen an unterschiedliche Adressen aus, die inzwischen weit über eine Million Unterschriften gefunden haben. Dabei sind die Forderungen der einzelnen Petent*innen recht unterschiedlich. Einige wollen lediglich eine Notfallzahlung an besonders von der Krise Betroffene. Andere zielen auf ein vollumfängliches Grundeinkommen gemäß der breit akzeptierten Definition, dass die Zahlung unabhängig von Erwerbsstatus und Einkommen an alle, ohne Gegenleistung und in einer Höhe, die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe sichert, erfolgen soll. Einige fordern zeitlich begrenzte Zahlungen, andere dauerhafte. Nicht nur die Zahl der Unterstützer*innen, sondern auch die Unterschiedlichkeit der Personen, die Petitionen verfasst haben, zeigen, dass die Forderung weit über die herkömmliche Grundeinkommensszene hinaus Zustimmung findet. Auch im Koordinierungskreis von Attac wird inzwischen von der Notwendigkeit eines gesicherten Einkommens gesprochen.

So ist es leicht verständlich, dass Grundeinkommensbefürworter*innen sich in der Einschätzung bestätigt sehen, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) nicht an der Finanzierung scheitert, sondern am politischen Willen. Dabei sind die modernen Staaten höchst unterschiedlich unterwegs bei der Unterstützung für Betroffene. Längst nicht überall bekommen diejenigen überhaupt etwas, die es am ehesten bräuchten. Für Hunderte von Millionen Menschen weltweit brechen auch noch ihre bisherigen Überlebensmodelle zusammen, gleichgültig ob sie im Angebot mehr oder weniger sinnvoller Dienstleistungen, dem Verkauf mehr oder weniger sinnvoller Produkte, Betteln oder im direkten Kleindiebstahl bestanden. Gerade in den arm gemachten Ländern steigt die Zahl derer täglich, die auf ähnliche Einkommensquellen angewiesen wären. Und überhaupt dürfen sie wegen der Corona-Auflagen diesen Geschäften nicht mehr nachgehen. Tun sie es doch, werden sie von der Staatsmacht vertrieben, angegriffen, eingesperrt oder gar getötet.

Auch diejenigen Länder, die das anders machen, sind dabei keineswegs von menschenfreundlichen Motiven getrieben. Es geht ihnen weniger um das Einkommen als um die Kaufkraft der Menschen. Ohne Käufer*innen kein Kapitalismus! Die »Hilfen« bestehen im Wesentlichen aus Krediten, die zurückgezahlt werden müssen, und nach der Krise soll alles wieder den Marktprozessen überlassen werden. Das wird neben gigantischen Profiten für wenige auch Pleiten zahlreicher kleiner und vielleicht auch einiger großer Unternehmen ebenso mit sich bringen wie Verarmung, ja Verelendung großer Teile der Bevölkerung. Der wachsende Reichtum weniger wird wie immer zu mehr Armut vieler führen.

Das könnte aus staatlicher Sicht ein (neoliberales) Grundeinkommen plausibler machen. Milton Friedman, der diese Vorstellung geradezu modellhaft entwickelt hatte, wollte Menschen ohne Einkommen bis zu einem Viertel des steuerlich freigestellten Betrages auszahlen und ansonsten jegliche öffentliche Unterstützung einstellen. Mit diesem Minimalbetrag würden die (meisten) Betroffenen nicht verhungern, aber sie müssten jeden noch so üblen Job zu allen noch so miesen Bedingungen annehmen.

Deshalb haben die Initiator*innen einer »Europäischen Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen«, zu denen auch die Attac-AG »Genug für alle« gehört, ausdrücklich formuliert, dass »das bedingungslose Grundeinkommen den Sozialstaat nicht ersetzen, sondern ergänzen« soll und es sich um eine Zahlung handeln muss, die »jedem Menschen die materielle Existenz und die Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe sicher(t)«. Die Sammlung der zum Erfolg notwendigen eine Million Unterschriften beginnt am 25. September – tragen wir dazu bei!

Werner Rätz, Attac-Arbeitsgemeinschaft »Genug für alle«

Kampagnenarbeit unter veränderten Vorzeichen

Für einen politischen Herbst trotz Corona!





Fotos: attac.de

Ausgangssperren, Kurzarbeit und Jobverlust, geschlossene Grenzen, Videokonferenzen, singen auf dem Balkon und Klopapiernotstand … die Corona-Pandemie hat unser aller Leben in etlichen Bereichen auf den Kopf gestellt – so auch in der politischen Kampagnenarbeit. Der Infektionsschutz in Deutschland verbot uns in der Hochphase nicht nur Demos und Aktionen, sondern auch Planungstreffen oder das Arbeiten im Attac-Bundesbüro. Es galt, unsere Aktivitäten und Strategien komplett neu zu organisieren und sowohl Haupt- wie Ehrenamtliche in kürzester Zeit zur digitalen (Zusammen-)Arbeit fit zu machen.

Denn gleichzeitig offenbarte die Krise neue politisch-strategische Chancen. Für die Mehrheitsgesellschaft machte die Corona-Pandemie viele gesellschaftliche Missstände weitaus sicht- und spürbarer, auf die wir schon lange hinweisen: So hätten Fallpauschalen in Krankenhäusern vorher kaum eine*n interessiert, und die Konversion von schmutziger in sinnvolle Produktion wäre für unmöglich gehalten worden – doch auf einmal konnte die Auto-industrie, zumindest für kurze Zeit, statt Autos medizinische Geräte produzieren. Corona führt uns vor Augen, was für eine Gesellschaft wirklich wichtig ist und ermöglicht uns, Prioritäten geradezurücken sowie auf einen grundlegenden Umbau des Bestehenden hinzuarbeiten. Diese Chance wollten und wollen wir gut nutzen!

Um die aktuellen Diskurse um Corona aufzugreifen und mitzugestalten, entwickelten wir die Kampagne #waswirklichwichtigist. Kurzerhand verlagerte sich ein guter Teil des Attac-Aktivismus aus den öffentlichen Räumen ins Internet. Verschiedene Online-Formate haben sich mittlerweile dabei etabliert. So funktionieren besonders gut virtuelle politische Bildungsangebote wie Erklärfilme oder Webinare, mit denen wir Inhalte ansprechend und gut verständlich vermitteln und Zuschauer*innen zum Austausch anregen können.

Natürlich wurden von Beginn an in Attac heiße Diskussionen über Aktionen im öffentlichen Raum unter Corona geführt: Was geht, was geht nicht? Wie bringen wir Infektionsschutz und öffentlich sichtbaren Protest zusammen und handeln verantwortungsvoll? Auf diese Fragen fanden Attacies viele kreative Antworten: So hängten sie überall in Deutschland Fahnen mit den Kernforderungen aus der Corona-Kampagne aus ihren Fenstern oder zogen damit unter Einhaltung der Abstandsregeln auf die Straßen und Plätze ihrer Wohnorte. Dank der vielen Fotos, die sie davon schossen, konnten wir tolle Bildercollagen basteln und online verbreiten – gerade unter Corona ist die Dokumentation von Offline-Aktivitäten wichtiger denn je, um Mut zu machen! Und schließlich unternahmen wir die ersten Gehversuche in Sachen Aktion, zum Beispiel anlässlich der BMW-Hauptversammlung oder gegen die #abfckprämie. Die Erfahrung daraus zeigt: Mit ausreichend Abstand, Masken, Desinfektionsmittel und verantwortungsvollem Miteinander ist auch Protest auf der Straße unter Corona wieder möglich – und hat die Chance vielbeachtet zu werden! Bei virulenten Themen ist es selbst mit wenigen Aktiven und reduziertem Aktionsbild gerade gut möglich in der Presse zu landen. Offenbar sehnen sich gerade auch Journalist*innen nach etwas Abwechslung und Aktion. Lasst uns das gemeinsam weiter nutzen!

Sabine Lassauer, Kampagnenunterstützung im Attac-Bundesbüro

attac.de/corona



Unsere Herzen sind schwer

Olli Bechtoldt aus dem IT-Team des Attac-Büros ist tot

Olli liebte Monty Python, Musik, Irland, Wissenschaft, »Die Partei«, Katzen – und weit vor allem anderen seine Frau Elke. Als leidenschaftlicher Nerd ging er am Towel-Day nicht ohne Handtuch aus dem Haus und glaubte, wenn er denn musste, höchstens an das Fliegende Spaghettimonster. Er war nicht nur ein Kollege, auf den sich das Attac-Team immer verlassen konnte und der aus Überzeugung gern und engagiert bei Attac gearbeitet und die Haupt- wie die Ehrenamtlichen unterstützt hat, wo er konnte; er war vor allem auch ein feiner Mensch.

Olli, du wirst uns sehr fehlen!

Neu im Webshop

Auch während Corona: Haltung zeigen!

Politische Forderungen zu formulieren braucht während Corona auch neue Ausdrucksformen, wie auf Seite 10 schon zu lesen war. Auch im Attac-Shop haben wir uns darauf eingestellt: mit neuen Materialien zeigen wir Haltung und können politische Forderungen sichtbar machen.

Community-Maske »Gesundheit ist keine Ware!« mit Slogan und Attac-Logo
Einlagig genäht, vier Bindebänder, Textilstoff aus 100 Prozent Polyester (knitterfrei, dehnbar und reißfest). Wiederverwendbar und bei 60 Grad waschbar.
6 Euro zzgl. Versandkosten.



Foto: Roland Hägele

Bestellungen online unter shop.attac.de,
oder per Fax an 069–900 281–99

Fahnen »#waswirklichwichtigist«
Ein Paket mit sechs Bannern (je 1x1 Meter) mit sechs verschiedenen Attac-Forderungen zur Corona-Krise:

- Aus der Krise lernen: Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen!
- Keine Profite mit der Krankheit – weg mit der Fallpauschale!
- Pflege und Co: Löhne rauf für systemrelevante Jobs.
- Schutz braucht ein Zuhause: Mietendeckel überall.
- Krise kostet – Vermögen besteuern!
- Menschen statt Klimakiller finanzieren!

29,44 Euro zzgl. Versandkosten.



Aufkleber »#waswirklichwichtigist«
Die Motive unserer Fahnen als leuchtend orangefarbene Aufkleber.
6er-Set 0,25 Euro zzgl. Versandkosten.

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Judith Amler, Jule Axmann, Veronika Czec, Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann, Achim Heier, Hermann Mahler, Jana Mattert
V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069 – 900 281 – 10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für eine sozial-ökologische Wende statt »Normalzustand«!

Die Corona-Krise hat überdeutlich gemacht: Das globale Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist weder gegenwartstauglich noch zukunftsfähig. Dennoch ist die Sehnsucht nach einer Rückkehr zum »Normalzustand« groß, denn die Pandemie belastet uns alle auf verschiedene Arten. Doch wir sollten nicht vergessen: Der »Normalzustand« ist kein erstrebenswertes Ziel – deshalb engagieren wir uns jetzt erst recht für einen sozial-ökologischen Wandel!
Denn die Corona-Krise birgt auch eine Chance: uns darauf zu besinnen, was für eine Gesellschaft wirklich wichtig ist. Jetzt gilt es, die Prioritäten geradezurücken und die Menschen, nicht den Profit ins Zentrum zu stellen. Statt das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem buchstäblich um jeden Preis zu retten und zu erhalten, muss es grundlegend umgebaut werden. Attac arbeitet seit inzwischen 20 Jahren an gesellschaftlichen Gegenentwürfen, an denen zurzeit im öffentlichen Diskurs erhöhtes Interesse besteht. Um diese Gelegenheit so gut wie möglich zu nutzen, ist Attac auch und gerade jetzt sehr aktiv – mit Aktionen, online wie offline, mit politischen Bildungsangeboten, mit Online-Diskussionsveranstaltungen und vielem mehr. Denn es gibt viel zu tun: Die Rettungspakete müssen nicht »die Wirtschaft« retten, sondern Menschen, die sonst ins Nichts fallen. Die Krisenprogramme dürfen nicht Klimakiller am Leben halten, sondern müssen den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern. Und zur gesellschaftlichen Solidarität gehört zum einen eine öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Menschen zugutekommt, im Gesundheitswesen und darüber hinaus, und zum anderen eine solidarische Politik, die nicht an



Foto: Roland Hägele

Landesgrenzen oder an den Außengrenzen der EU Halt macht. **Dafür macht Attac sich stark, jetzt und in Zukunft – unterstütze uns dabei!** Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das schnell und unkompliziert. **Herzlichen Dank!**

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. 2014 entzog das Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Der Bundesfinanzhof hat diese Sichtweise in seiner Entscheidung vom Februar 2019 aufgegriffen und unsere Klage an die erste Instanz zurückverwiesen. In der Verhandlung am 26. Februar 2020 unterlag Attac; jetzt gehen wir in Revision. Falls nötig, werden wir den Rechtsweg bis zum Ende ausschöpfen. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN
DE57 4306 0967 0800 1008 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort
RBF2003

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN
DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE